

Landrat Kühn verwies auf die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und bedauerte, dass nur vier Anmeldungen eingegangen seien. Der Zuspruch der Schulen und Jugendeinrichtungen für das kommende Jahr sei damit sehr gering sei.

KTAbg. Eyermann fragte, ob es denkbar sei, Partnerschaftsvereine und –organisationen mit „ins Boot“ zu holen und statt einem Wettbewerb eine Art Informationsveranstaltung durchzuführen.

KVOR'in Böker erläuterte, dass sie einer Weiterführung des Wettbewerbs mit den weiterführenden Schulen und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit im Rhein-Sieg-Kreis skeptisch entgegentrete. Allerdings plädiere sie auch dafür, aus dem „Europäischen Marktplatz der Ideen“ nicht wieder eine „statische“ Veranstaltung mit den Partnerschaftsvereinen werden zu lassen. Sie schlug vor, den 2-Jahres-Rhythmus beizubehalten, jedoch nur die Grundschulen zur Teilnahme am Wettbewerb aufzurufen.

Darüber hinaus stellte sie zwei Alternativvorschläge der Verwaltung vor, sollte sich der Arbeitskreis „Europa“ wegen des geringen Zuspruchs der Schulen und Jugendeinrichtungen gegen die Durchführung des „Europäischen Marktplatz der Ideen“ in 2009 entscheiden.

Folgende Alternativmöglichkeiten für eine Veranstaltung sind denkbar:

1. Die Durchführung einer Podiumsdiskussion mit den Kandidaten für das Europäische Parlament 2009 für den Wahlkreis Mittelrhein. Zu dieser Veranstaltung könnten Schulen, Partnerschaftsvereine und interessierte Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden. Die vier Schulen, die sich für eine Teilnahme am „Europäischen Marktplatz der Ideen“ 2009 entschieden haben, könnten hier bei Interesse evtl. das Rahmenprogramm gestalten.

Als möglichen Termin schlage sie Ende April oder Anfang Mai 2009 (Europawoche) vor.

2. Die Durchführung einer Informationsveranstaltung mit Frau Christine Wingert-Beckmann, der Leiterin der neu eingerichteten „Nationalen Kontaktstelle für Deutschland für das EU-Programm Europa für die Bürgerinnen und Bürger“, die über Fördermöglichkeiten referieren könnte. Einladen könnte man hier ebenfalls die Partnerschaftsvereine, aber auch die Europabeauftragten der kreisangehörigen Kommunen und die Schulen. Bei der Wahl des Termins sei man flexibel.

Anmerkung der Verwaltung:

Frau Wingert-Beckmann leitet die neue Nationale Kontaktstelle für Deutschland für das EU-Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger". Die Kontaktstelle, die derzeit noch im Aufbau ist, befindet sich in Bonn im Haus der Kultur. Eine Aufgabe der Kontaktstelle wird die Unterstützung bei der Antragstellung sein. Dies schließt auch einen Antrags-Check ein. Die nationale Kontaktstelle versteht sich als eine Einrichtung, in der Probleme bei Antragstellung und Durchführung gesammelt und gebündelt an die EU Kommission weiter gegeben werden sollen. Ein weiteres Aufgabenfeld wird auch die Auswertung der Anträge sein. Die Kontaktstelle wird ab voraussichtlich Ende November 2008 auch einen Newsletter herausgeben.

KTAbg. Hartmann bekräftigte, dass vier Schulen für die Durchführung des „Europäischen Marktplatzes der Ideen“ 2009 zu wenig seien. Dies würde auch dem grundsätzlichen Gedanken des Wettbewerbs entgegenstehen, einen Austausch zwischen den Schulen und Jugendeinrichtung herbeizuführen. Bei den weiterführenden Schulen sehe er das Problem, dass auch Herr Griep schon geschildert habe, nämlich, dass die Schulzeitverkürzung und der

vermehrte Unterricht am Nachmittag dazu führten, dass immer weniger Zeit für außerschulische Aktivitäten sei.

Den Wettbewerb für die Grundschulen solle man seiner Meinung nach in dieser Form jedoch in jedem Fall erhalten.

Das Ansprechen von Partnerschaftsvereinen im Rahmen des „Europäischen Marktplatzes der Ideen“ halte er hingegen auch für ungeeignet.

Er begrüßte insbesondere den Vorschlag 1 der Verwaltung, da das Thema Europawahl seiner Meinung nach viel zu wenig Beachtung finde und in Deutschland die Wahlbeteiligung gerade bei der Europawahl auch immer weiter abnehme. Dem könne man mit einer solchen Veranstaltung versuchen entgegenzuwirken.

KTAbg. Albrecht fragte, ob es jetzt noch möglich sei, die Grundschulen anzusprechen.

KVOR'in Böker verneinte dies, da der zeitliche Rahmen nun auch für die Grundschulen zu eng sei und man sich darauf geeinigt habe, den Wettbewerb immer bereits in den Sommerferien anzukündigen, damit die Schulen dies frühzeitig in ihre Planungen einbeziehen könnte. Bei einer Einladung zum jetzigen Zeitpunkt rechne sie mit einem genau so geringen Rücklauf wie bei den weiterführenden Schulen. Sie rate daher von diesem Vorschlag ab.

Der Arbeitskreis „Europa“ begrüßte die beiden Alternativvorschläge der Verwaltung und bat um Umsetzung. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Termine schon so früh wie möglich angekündigt werden sollten, um den größtmöglichen Zuspruch zu erzielen.

Die Tischvorlage ist als Anhang 1 und weitere Informationen über die „Nationalen Kontaktstelle für Deutschland für das EU-Programm Europa für die Bürgerinnen und Bürger“ sind als Anhang 2 der Niederschrift beigefügt.